

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Annenpreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598



Zum vierzigjährigen Bestehen

Rastloses Werden.

Zwei Bilder.

Ein Bächlein rinnet aus der Quelle,
Talabwärts nimmt es seinen Lauf,
Klein ist und winzig seine Welle,
Und manches Hemmnis hält es auf.

Viel Steine ihm im Wege liegen,
Dort droht ein wüstengleicher Sand
Des Bächleins Wasser zu versiegen
Und bietet lähmend Widerstand.

Da kamen Bäche neu gezogen,
Viel Wasser strömten nun zuhauf,
Es ward ein Strom mit wilden Wogen,
Kein Steingeröll hält ihn mehr auf.

Der trankte fruchtend nun die Lande
Und brachte Wohlfahrt ringsumher,
Er spottete dem trägen Sande,
Und frug nun Schiffe stolz zum Meer.

So wuchs, was einst nur klein begonnen,
Zu immer größ'rer, starker Kraft
Und ward ein legendreicher Bronnen,
Der nun der Menschheit Großes schafft.

Nun schauet ein Bild aus dem Leben,
Dem Leben voll Kampf und voll Krieg,
Dem Leben mit müßigem Streben,
Dem Leben mit herrlichem Sieg.

Und möge dies Gleichnis euch lehren,
Was rastloser Wille erschafft,
Und möge dem Kleinmut es wehren
Und stärken gesunkene Kraft.

Es trafen zusammen einst Mannen
Aus unserem Stande heraus,
Gemeinsames Glend zu bannen,
Zu wagen gar heftigen Strauß.

Zu kämpfen um bessere Tage,
Um ein menschenwürdiges Los;
Schwer drückte die mühsolle Plage,
Und Not und Entbehrung war groß.

Drum wollten sie kühn sich erheben,
Und waren an Zahl sie auch klein,
Und war auch gehemmt oft ihr Streben,
Sie kämpften um besseres Sein!

Sie kämpften mit Mut unverdrossen,
Eros Glück aus eigenen Reih'n,
Und mächtig nun mehr sich entschlossen,
Dem Kampf sich als Streiter zu weih'n.

Und ob wild die Kämpfe auch tobten,
Ob oft auch Verderben gedroht,
Das Feuer der vielfach Erprobten
Im Sturme hat mächtig gelobt.

Bald strömten zusammen schon Scharen
Und hielten im Streit wacker stand,
Und heute, nach vierzig Jahren,
Sehn blühen wir unsern Verband.

Beeinigt das Wollen der Brüder,
Beachtet, gefürchtet im Land,
So schüthet und schirmt seine Glieder,
Unser festgefügtter Verband.

Ed. Kamp.

1885 • Vierzig Jahre Organisationsarbeit • 19

Am 26. Dezember 1884 fanden sich in Dresden aus 15 Städten Deutschlands Kollegen zusammen, die nach reiflicher Beratung den Beschluß faßten, einen Verband der Maler und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands zu errichten, der am 1. April 1885 seine Tätigkeit aufnehmen sollte. Als Sitz wurde Hamburg bestimmt. Der Beschluß gelangte zur Durchführung, der Grundstein zu unserm heutigen Verband war gelegt, und mit Stolz und Freude können in diesen Tagen unsere Mitglieder auf das vierzigjährige Bestehen ihrer Organisation, des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Färber und Weißbinder, zurückblicken.

Wenn darum in unsern Kollegentreisen Festimmung herrscht, wenn in allen Filialen und größeren Zahlstellen Jubiläumsfeiern veranstaltet werden, so ist das berechtigt, jedes Jubiläum einer Arbeiterorganisation sollte eigentlich eine Jubelfeier sein.

Vier Jahrzehnte nimmermüder Organisationsarbeit liegen hinter uns, Jahre der Aufklärung, der Schulung und Disziplinierung, 40 Kampffahre, die den Gewerkschaftsgedanken bis in die kleinsten Orte hinausgetragen, wo nur immer Berufsangehörigen anzutreffen waren! Ja, reich an Mühen, Arbeit und Sorgen waren die verfloßenen 40 Jahre; aber das harte Ringen war auch reich an Erfolgen und Fortschritten in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung, um so mehr können wir uns heute auch frohen Herzens unseres Verbandsjubiläums freuen. Besonders „die Alten“, die noch an dem Aufbau, in den einzelnen Entwicklungsperioden mitgewirkt, die an den Kämpfen, Erfolgen und an den Rückschlägen teilgenommen haben, werden am besten ermessen können, welche gewaltige Fortschritte seit dem Bestehen unseres Verbandes erreicht worden sind, für dessen Erpären und Gedeihen sie allzeit ihr Bestes dahingegeben haben.

Wie aller Anfang schwer ist, wie alles Bestehende dem ehernen Entwicklungsgezet unterworfen ist, wie alles langsam und schrittweise und dennoch oft unter schweren Kämpfen aus den einfachen niederen Formen heraus zu immer besserer und größerer Bervollkommnung sich entwickelt, das lehrt uns, wenn auch in kleinem Maßstabe, die Gründungsperiode, das Werden und Wirken unseres Verbandes in den verfloßenen 40 Jahren, die für die ökonomische Entwicklung Deutschlands von allergrößter Bedeutung waren. Denn auch für das innere Leben und die Ausgestaltung unserer heutigen Gewerkschaften gelten die Gesetze der Entwicklung. Was bei der Gründung 1884 noch als einzig Richtige betrachtet wurde, war schon nach wenigen Jahren völlig überholt und unzureichend. Mit der Ausbreitung der Organisa-

tion entwickelten sich auch die inneren Einrichtungen; was jahrelang — so besonders in den neunziger Jahren das Unterstützungswesen — aufs schärfste als verbandsschädigend und den Klassenkampf hemmend bekämpft wurde, ähnlich wie 10 Jahre später die Propagierung des Reichstagsgedankens, wurde später als selbstverständliche Einrichtung geschaffen. Gewiß ist es nicht so einfach, immer zur rechten Zeit das Notwendige und Zweckmäßige zu erkennen, selbst unter den tüchtigsten Mitgliedern sind über manche Fragen und taktische Maßnahmen große Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die oft nach langen inneren Kämpfen überwunden werden mußten, damit das Neue, Bessere entstehen konnte.

Die Organisationsbestrebungen im Malergewerbe reichen bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Als im Jahre 1868 der erste Zentralverband, „die Arbeiterschaft der Maler, Lackierer und Vergolber“, in Hamburg gegründet wurde, war sein wichtigstes Bestreben nur auf die Agitation gerichtet. Es mußte erst in allen deutschen Städten bekannt werden, daß ein Berufsverband existierte, dem sich die schon bestehenden örtlichen Fachvereine anschließen sollten. Wie unendlich schwer allein diese Aufgabe war bei der grenzenlosen Indifferenz und Apathie der Masse der Kollegenschaft, geht schon daraus hervor, daß dieser Zentralverband bis zum Jahre 1874 nicht über 800 Mitglieder hinausgekommen war. Seine Auflösung erfolgte noch im gleichen Jahre. Wo es gelang, bei günstiger Geschäftslage in einem kühnen Vorstoß die Löhne etwas zu erhöhen und die Arbeitsdauer in den Sommermonaten herabzudrücken, war es nur vorübergehend; es fehlte der geschlossene Zusammenhalt in einer leistungsfähigen Organisation. Strömten bei einer beabsichtigten Lohnbewegung die Kollegen auch dem Verbands zu, nach Beendigung derselben verließen sie leider wieder die Reihen, und das etwa Errungene war nach kurzer Dauer wieder verloren. Jahre hindurch wiederholte sich dies Spiel.

1877 erließen Berliner, Bremer und Hamburger Kollegen einen Aufruf an die Kollegen Deutschlands zur Gründung eines neuen Zentralverbandes. Der im Mai des folgenden Jahres in Leipzig tagende Kongreß errichtete den „Verband der deutschen Maler, Lackierer und Vergolber“ mit dem Sitz in Leipzig, der vom 1. April 1878 an auch ein Fachorgan unter dem Titel „Die Mappe“ herausgab. Doch bereits im November 1878 erfolgte seine Auflösung auf Grund des Bismarckschen Schandgesetzes, nachdem zuvor schon einige Ortsvereine polizeilich geschlossen worden waren.

So sehr auch das Sozialistengesetz bestrebt war, gewerkschaftlichen Organisationen zu zerstören, den Organisationsgedanken aus den vorwärts strebenden Arbeitern auszutreiben vermochte es nicht, denn die ersten Jahre der gewaltsamen Unterdrückungsperiode vorüber waren, bildeten sich von 1880 einer Reihe von Orten Fachvereine, berufliche Klassen, Gesangsvereine, in denen der Gedanke der Organisationswillens gepflegt und gestärkt wurde. In den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, denen das arbeitende Volk schmachtete, drängte selbst zum Zusammenschluß der Kräfte. Wiewohl die Wirkung der Aufruf des Hamburger Vereins im Sommer 1884, zu Weihnachten in einem Malerkongreß abzuhalten. Gewiß, es mutvolles Unternehmen, mitten im Winter eine Kongreß abzuhalten mit dem Zweck, aufs neue eine Organisation für unsere deutschen Berufskollegen ins Leben zu rufen.

Der Wurf gelang; so klein auch die Schar damals zusammengekommenen Vertreter aus Altona, Barmen, Berlin, Chemnitz, Kottbus, Dortmund, Großenhain, Hagen, Hamburg, Hannover, Lüdenscheid, München und Mainz war, 8 Städte hatten Mandate gesandt, einstimmig wurde begehrt, dem Aufruf unter dem Namen: „Verband der Maler und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands“ eine Zentralorganisation zu bilden. In der festen Ueberzeugung, daß nur auf diese Weise die schlimmen Schäden und Auswüchse innerhalb des Gewerbes beseitigt und die wirtschaftliche Lage der Kollegenschaft verbessert werden kann. Der niedrigen Löhnen entsprechend mußte die Lohnleistung noch recht niedrig gesetzt werden; sie betrug die 6 Sommermonate je 30 S und für die 6 Wintermonate je 10 S, also 240 S pro Jahr.

Ohne jegliche Mittel, nur auf diese geringen Beiträge, die erst eingebracht wurden, angewiesen, begann der Verbandsvorstand am 1. April 1885 mit der überaus schwierigen Arbeit des Aufbaues. Es galt allem, in den Kollegentreisen wieder Vertrauen zu gewinnen, unter den vielerlei Schwierigkeiten des Sozialistengesetzes und der Vereinsgesetzgebung die richtigen Mittel und Wege einzuschlagen, ein neues Werk vor weiterer Zerstörung zu bewahren, die Agitations- und Organisationsfähigkeit zu entfalten. Um die richtigen Gewerkschaft zu gewinnen, mußte der Verband erstrebt werden: die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erhöhung des Lohnes, ausreichende Stand gegen die Willkür und Rücksichtslosigkeit der

Unterstützung, gemäßregelter, auf der Reise be-
 er Mitglieder, Rechtschutz in allen gewerblichen
 teiten, Herausgabe eines Fachorgans, Schaf-
 Bibliotheken, Halten von Vorträgen zur Auf-
 Belehrung und Bildung der Mitglieder, Rege-
 Arbeitsvermittlung und Aufdeckung der im
 vorhandenen Schäden und Mängel durch stati-
 stellungen. Alle diese Punkte materieller und
 Art waren darauf gerichtet, die Lebenshal-
 unserer gesamten Berufsangehörigen
 öhen, sie zu einem menschenwür-
 Dasein hinaufzuführen. Sie bildeten
 adlegende Programm, dessen Durchführung von
 erten Weiterentwicklung der Organisation ab-
 e erste Entwicklungsepoche, die Zeit der Sturm-
 ngperiode begann. Auf den einzelnen General-
 lungen wurden die verschiedensten Aenderungen
 um das Verbandschiff flotter zu machen, seine
 gskraft zu fördern. Mancherlei innere Ein-
 wurden getroffen und wieder aufgehoben.
 dauerte diese Periode, bis im Jahre 1898 auf
 izer Generalversammlung durch den Beschluß,
 rtstützungsweise einzuführen, der Aufgabenkreis
 Organisation sich erweiterte und die Bahn frei
 r den mit Beginn des neuen Jahrhunderts ein-
 glänzenden Aufstieg. 1900 konnte zum ersten-
 Mitgliederstand von über 10 000 verzeichnet
 Den Wert der Unterstützungseinrichtungen er-
 an immer mehr, der Krankenunterstützung folgte
 hrung der Sterbeunterstützung. Mit der kon-
 erfolgten Politik der allmählichen Beitrags-
 steigerte sich die Leistungsfähigkeit des Ver-
 urch die nur allein es ermöglicht wurde, die sich
 großen Lohnkämpfe durchzuführen und somit
 lung der vornehmsten gewerkschaftlichen Auf-
 Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedin-
 Rechnung zu tragen.
 re durchgreifende Aenderungen in bezug auf die
 orische Gliederung wurden vorgenommen, die
 erung durchgeführt, durch die Verschmelzung
 len oder Zahlstellen schaffte man Einheit-
 hngebiete, wodurch so manche spätere Maß-
 wesentlich erleichtert wurden. In den größeren
 kamen zur Führung der Geschäfte Kollegen zur
 g, und an die Spitze der neu eingeteilten Agi-
 orte wurden besoldete Bezirksleiter gestellt,
 uptaufgabe die Leitung der Agitation und die
 der Lohnbewegungen war. Im Kampf gegen die
 d Gesundheit unserer Kollegen bedrohenden
 ngen durch Blei und sonstige giftige Materia-
 der Verband auf dem Posten, wie er es auch
 übrigen Gebieten, wo es sich um Aufklärung
 erung von Bildungsbestrebungen unserer Mit-
 andelte, nicht hat fehlen lassen.
 wohl vorbereitet und finanziell gerüstet, konnte
 nisation die zahllosen Einzelkämpfe durchsetzen,
 fortdauernden Aufstieg in der Lebenshaltung
 kollegen brachten. Auf der gesicherten Orga-
 nisation konnte auch nur die Anerkennung unseres
 durch das organisierte Unternehmertum er-
 d die Entwicklungsperiode des Tarifvertrages
 werden.
 ellt sich, wenn wir am heutigen Jubiläumstage
 auf die überschrittenen 40 Jahre zurückwerfen,
 Organisationsarbeit als das Ergebnis eines
 en, zielbewußten Ringens und Strebens dar-
 ere Arbeit war nicht umsonst gewesen, mit
 enugung können wir heute auf einen erfreu-
 schaftlichen und geistigen Aufstieg zurückblicken.
 waltige Wandlung im Leben des Arbeiters
 Arbeitsverhältnisse hat sich da vollzogen, wo
 ation sich machtvoll Geltung verschafft hat?
 heute einen Vergleich zwischen damals und
 darf heute jedes Mitglied stolz auf das Er-
 n, das wir der treuen Mitarbeit, der uner-
 opferreichen Betätigung Tausender von
 zu verdanken haben. All diesen wackeren
 sei heute unser Dank ausgesprochen.
 uch derer wollen wir nicht vergessen, die vor-
 en, die der unheilvolle Krieg hinweggerafft.
 en mit zu den Besten unserer alten Kämpfer.
 n ihnen unsern wärmsten Dank in das Grab
 ehrendes Andenken wird den teuren Toten von
 Organisation bewahrt werden.
 der frohen Zuversicht, daß der Verband der
 adrierer, Anstreicher, Lüncher
 eißbinder fernerhin blühe, wachse
 eiche, brause der Ruf durch das Land:

Unsere erste Generalversammlung.

Im April 1885 nahm der Vorstand seine
 Tätigkeit auf. Ein Jahr später tagte vom 26. bis
 28. April 1886 die erste ordentliche General-
 versammlung in Hannover. 14 Delegierte
 waren anwesend aus folgenden Städten (mit Mit-
 gliedern): Sommer-Hamburg (380), Gevorn-Lübeck
 (58), Domp-Altona (53), Kühner-Berlin (330), Gries-
 bach-Hannover (129), Gebhardt-Gera (29), Hentschel-
 Bielsfeld (43), Hübler-Dortmund (27), Rosenbaum-
 Hagen (24), Stapper-Krefeld (60), Rasmussen-Essen
 (34), Lad-Darmstadt (48), Stier-Bessungen (24) und
 Geburt-Harburg (32). Diese Vertreter waren aus
 eigenen Mitteln gesandt. Indirekt waren vertreten die
 Städte: Flensburg (18), Wandsbek (31), Cottbus (19),
 Minden (15), Duisburg (35), Pferlohn (20), Bochum
 (22), Cassel (37), Eberstadt und Ober-Ramstadt (25).
 Vom Vorstand waren zugegen der Vorsitzende
 Schreiner und der Kassierer Schmitz.
 Auf die Statutenberatung wurde großes Gewicht
 gelegt; sie nahm den hauptsächlichsten Teil der General-
 versammlung in Anspruch. Die gemachten Erfahrun-
 gen bedingten allerlei Aenderungen. Es lagen auch
 zahlreiche Anträge auf Streichung, Ergänzung oder

Wir Jungen an die Alten.

**Ihr Kämpfer all, die stark ihr im Verein
 Um Brot und Menschenwürde trotzig ringt,
 Um Lebenssonne und ein wenig Licht,
 Nehmt unsern Dank!**

**Wir wissen, daß die Früchte jener Saat,
 Die mühevoll und freudig ihr bestellt,
 Vielleicht erst reifen werden, wenn
 Ihr nicht mehr seid.**

**Doch eure Liebe, groß und glaubensstark,
 Die stehhaft, selbstlos in die Zukunft weist,
 Sie findet eine neue Pflanzstatt
 In unserer Brust.**

**So tragen wir nun tief in uns den Geist,
 Der euch beselzt, damit er wiederum
 In neuer Menschen Herzen wird verpflanzt
 Und Früchte trägt.**

**Die Pflicht des Dankes, so von uns erfüllt,
 Entspricht des Lebens höchstem, heiligem Sinn,
 Weil unsre Liebe allen Menschen gilt,
 Die nach uns sind.** Kurt Häuptkorb.

sonstige Aenderungen der statutarischen Bestimmungen
 vor. Da im Verhältnis eine geringe Anzahl Delegierter
 anwesend war, konnte zu allen Vorschlägen sehr ein-
 gehend debattiert werden, wovon auch recht ausgiebig
 Gebrauch gemacht wurde. Nahmen doch allein auf dieser
 ersten Generalversammlung 611 Redner zur Debatte,
 86 zur Geschäftsordnung und 12 zu persönlichen Be-
 merkungen das Wort.
 Das Hauptinteresse der Redner konzentrierte sich,
 wie dies auch heute noch der Fall ist, auf die Festsetzung
 der Beiträge, auf das Unterstützungswesen, das beim
 Beginn der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit gleich
 eine bedeutende Rolle spielte.
 Die Gesamt-Jahreseinnahme betrug 2637,35 M.,
 die Gesamtausgabe 1626,05 M., so daß die Hauptkasse
 einen Barbestand von 986,30 M. aufwies. In der
 Generaldebatte erkannte man an, mit welchen Schwierig-
 keiten der Vorstand zu rechnen hatte, und daß er seine
 Pflicht voll erfüllte. Vom Vorstand wurde
 klargestellt, daß eine umfassende, lebhaftige Agitation ent-
 falt werden müsse, wenn der Verband weiter gestärkt
 und an Ausbreitung gewinnen solle; besonderes Gewicht
 müsse darauf gelegt werden, in Großstädten festen Fuß
 zu fassen. Hierzu seien größere Mittel notwendig.
 Deshalb beantragte der Vorstand eine Erhöhung der
 Beiträge in der Form, daß statt für 6 Monate je 30 J.
 für 8 Monate je 30 J. erhoben werden sollen und für
 4 Monate (Winter) je 15 J., was im Durchschnitt 6 J.
 die Woche ausmache. Dieser Antrag fand nach aus-
 giebigster Diskussion einstimmige Annahme. Zur Deckung
 der Unkosten für die Generalversammlung wurde viertel-
 jährlich eine Extrasteuer von 10 J. erhoben. Die Haus-
 tassierung war schon damals in Lübeck eingeführt und
 wurde auch für andere Orte warm empfohlen.
 Bei der nun folgenden Statutenberatung wurde Ab-
 satz a des § 1: „Errichtung einer Unterstützungskasse für
 reisende Mitglieder“, gestrichen, da das preussische
 Versicherungsgezet vom 15. Juni 1852 die Unter-
 stützungskasse nicht gestatte; für bestimmte Beiträge

müßten auch bestimmte Gegenseitungen gewährt wer-
 den, was nach diesem Gezet mit einer Versicherung
 gleichbedeutend sei. Regierungsseitig waren bereits die
 Bauvereine Elberfeld und Frankfurt a. M.
 aufgelöst worden, neue durften nicht errichtet werden.
 Die Regelung des Arbeitsnachweises und des
 Herbergwesens überwies die Generalversamm-
 lung jedem Bauverein selbst als örtliche Angelegenheit.
 Eine längere Debatte zeitigte der Punkt zur Erzielung
 günstigerer Lohn und Arbeitsbedingungen. Schon bei der
 Unterstützungsfrage für reisende Kollegen kamen allerlei
 Schwierigkeiten mit den Polizeibehörden zum Austrag,
 noch viel ernster waren die Scherereien bei Lohnbewe-
 gungen, besonders infolge des Erlasses des preussischen
 Ministers des Innern. Puttkammer. Der Vorstand er-
 suchte deshalb, bei Abhaltung des Zuzuges jede als Auf-
 wiegelung auszuliegende Handlung zu vermeiden und den
 Kollegen nur die moralische Verpflichtung aufzuerlegen,
 sich vom Streikorte fernzuhalten. Das vom Vorstand
 vorgelegte Reglement bei Arbeitseinstellun-
 gen kam zur Annahme und hatte folgenden Wortlaut:
 „Alle Unterstützungen an Streikende sind nur Darlehen
 des Vorsitzenden vom Hauptvorstand und werden nur
 gegen Wechsel verabreicht. Bis spätestens ein Jahr
 nach beendetem Streit sind jedoch diese Darlehen den am
 Streik Beteiligten als bezahlt zu quittieren, wenn die-
 selben ihre jugungsmäßigen Pflichten treu erfüllt
 haben.“ Aus den Erläuterungen hierzu ging hervor,
 daß der Wechsel eingeführt werde, um die Kasse vor
 Verlusten zu schützen. Die Wechsel würden auf Sicht
 geschrieben und präsentiert, sobald ein Mitglied vor Be-
 endigung des Streiks eine Handlung begehe, durch die
 die regelmäßige Lösung des Streiks gefährdet oder un-
 möglich gemacht werde. Sobald die Sperre offiziell
 als beendet erklärt würde, seien die gezahlten Unter-
 stützungen als bezahlt zu quittieren.
 Mit dem Grundgedanken: Unterstützung in
 Notfällen und der Errichtung einer Unter-
 stützungskasse des Verbandes, wie sie bereits
 auf dem Dresdener Kongreß beschlossen worden war,
 erklärte sich auch die Generalversammlung in Hannover
 einverstanden. Bei der Frage jedoch, wie man diese
 Unterstützungen durchzuführen gedenke, traten sofort er-
 hebliche Meinungsdivergenzen zutage. Das konnte auch
 nicht ausbleiben. Die Durchführung von Unter-
 stützungseinrichtungen erfordert bedeutende Mittel, die
 nur durch erhöhte Beiträge aufzubringen sind. Dazu
 fehlten aber bei dem jungen Verband die Vorbedingun-
 gen, hielt man doch noch einen Monatsbeitrag von
 30 J. als eine hinreichende Leistung, um alle Ver-
 bandsaufgaben durchführen zu können. Gewiß ist es
 erfreulich, daß schon damals von einsichtigen Kollegen
 auf diesen munden Punkt hingewiesen worden ist und
 besonders scharf in Hannover von dem Berliner Dele-
 gierten zum Ausdruck gebracht wurde. Er kritisierte die
 Denkungsart der Kollegen hauptsächlich, die nur immer
 haben wollen, ohne zu geben. Mit den jetzigen gering-
 fügigen Beiträgen sei nichts zu erreichen, all die Ar-
 beit so vieler tüchtiger Kollegen sei nutzlos vergeudet,
 wenn der Verband gezwungen sei, bei leeren Kassen
 seine Tätigkeit zu entfallen. — Trotzdem stellte man
 auch hier Anträge auf Arbeitslosen-, Kranken- und
 Sterbeunterstützung, die durchzuführen dem Verban-
 de gar nicht möglich gewesen wäre; wiederholt mußte der
 Vorstand warnen, so weitgehende Ansprüche zu stellen,
 auch sollten die Delegierten nicht vergessen, daß der
 Verband eine Verpflichtung zur Zahlung von Unter-
 stützungen nicht übernehmen dürfe. Nach langen Be-
 ratungen beschloß man zum Punkt b des § 1, „Unter-
 stützung in Notfällen“:
 1. Jedem Mitgliede, das keine Reiseunterstützung
 beansprucht und mindestens 6 Monate dem Verban-
 de angehört, seine Beiträge voll bezahlt hat, kann, im
 Falle es über 6 Monate krank ist, auf seinen Antrag
 vom Vorstand eine Unterstützung gewährt wer-
 den. Die Höhe und Dauer der Unterstützung wird in
 jedem einzelnen Fall vom Vorstand festgesetzt.
 Eine Verpflichtung zur Auszahlung solcher Unter-
 stützungen durch den Verband liegt nicht vor.
 2. Im Falle einer länger als 6 Wochen dauernden
 Arbeitslosigkeit kann den Mitgliedern von der siebten
 Woche an eine Unterstützung zur Begleichung ihrer
 Krankentassenbeiträge gewährt werden, sofern sie einen
 entsprechenden Antrag einreichen.
 Um gemäßregelten Verbandsmitgliedern
 rascher als bisher eine Hilfe gewähren zu können, be-
 schloß man auf Vorschlag des Vorstandes die Errich-
 tung eines Fonds durch Zahlen von frei-
 willigen Extrabeiträgen. Man glaubte am

Noch unser Verband!

besten zum Ziele zu kommen, wenn dem Humanitäts- und Solidaritätsgefühl der Kollegenschaft freie Bahn gelassen würde. Dieser Gedanke, durch freiwillige Erntbeiträge bei Lohnkämpfen, bei Unterstützungen der verschiedensten Art die notwendigen Gelder aufzubringen, war in den ersten Jahren unserer Organisation, wie allgemein in der Arbeiterbewegung, vorherrschend. Die spätere Entwicklung zeigte uns aber, daß wir mit diesem System der Sammellisten nicht vorwärts kommen konnten. Nur die systematische Erziehung zur Zahlung höherer Beiträge war es, die Erfolge brachte.

Großen Wert legte die Generalversammlung auf die Errichtung von Fachschulen, Anschaffung und Erweiterung von Bibliotheken, Zeichnungen, Vorlagen usw., damit besonders den jüngeren Kollegen Gelegenheit geboten würde, sich weiter zu bilden und Aufklärung zu verschaffen.

Das Fachorgan „Malervereinsblatt“, das seit Januar 1886 monatlich erschien, soll von dem bisherigen Redakteur Reisinger weiter geführt werden, wenn er sich mit den Vorschlägen des Vorstandes einverstanden erklärt. Die Regelung des geschäftlichen Teiles, ebenso die für das Blatt bestimmten Artikel, soll eine aus 3 Personen bestehende Preßkommission übernehmen. Die Berufung dieser Kommission und deren Aufgabe übertrug die Generalversammlung dem Verbandsvorstand. Zur Annahme gelangte auch ein Antrag, die dem Verbands noch nicht angehörenden Fachvereine zum Beitritt aufzufordern.

Als Aufgabe des Verbandes wurde es bezeichnet, die Entwicklung der Zentralrentenkasse der Maler auf jede Weise zu fördern, insbesondere ihr bei Beseitigung von Schwierigkeiten zur Seite zu stehen.

Auf die gestellte Frage, wie sich die Gehilfen den neuen Innungen gegenüber stellen sollten, ergab die Aussprache, daß diese durchaus nicht das Interesse der Gehilfenschaft wahrnehmen. Einstimmig wurde beschlossen, gegen alle Bestrebungen von Innungen, die darauf hinarbeiten, die Gehilfenschaft zu übervorteilen und zu drücken, energisch Front zu machen.

Aus der Geschichte unserer Arbeitskämpfe.

Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen galt in den Anfangszeiten unseres Verbandes viel mehr noch als heute als dessen Hauptaufgabe, ja, es war geradezu seine erste, vielfach sogar seine einzige Aufgabe. Meist, um nicht zu jagen stets, war damals der Grund für den Beitritt zur Organisation in der Absicht zu suchen, die allerdinge sehr miserablen Löhne und Arbeitszeiten zu verbessern. Hierzu galt als einziges Mittel der Streik, für den man gewöhnlich vom Herbst — oder vom zeitigen Frühjahr her — durch Gründung einer Organisation und darauffolgendem Anschluß an die Zentrale die für erforderlich gehaltenen Vorbereitungen traf. Bis 1896 mußte aber immer auch erst schnell noch durch besondere Extramarken oder Lizenzen ein sogenannter Streikfonds gesammelt werden, denn von da an übernahm der Verbandsvorstand die Finanzierung der Streiks, allerdings nach dem bekannten Wort von dem Lumpen, der mehr gibt, als er hat, nur soweit die vorhandenen sehr spärlichen Mittel reichten. Dann mußte mehr oder weniger derb gebremst und die weiteren noch gebliebenen Vorräte auf das folgende Jahr vertagt werden.

In der Regel waren in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Lohnbewegungen die erste Tat des Verbandes, meist wurde man dadurch überbewußt erst auf ihn aufmerksam. So wurden die Lohnbewegungen auch das eigentliche Agitationsmittel. Die Einsicht zu verbreiten, daß zur Führung wirklicher Arbeitskämpfe nicht flüchtige Vorbereitungen von Wochen und Monaten ausreichen, und daß solche Aktionen überhaupt nur wie der Krieg in der hohen Politik der Staaten als allerletztes Mittel, wenn die Kunst der Diplomaten verliert, zu betrachten sind, war vor Jahrzehnten ein zwar von uns sehr wichtig erachtetes, aber sehr mühsames Bestreben. In diese Einsicht doch auch heute noch nicht allgemein verbreitet.

Und dabei waren die Arbeitgeber in den Anfangsjahren unserer Organisation noch organisationsfeindlicher und vom Geiste schärfster Scharfmacherer erfüllt als heute. Nicht nur, daß sie sich diese Mühen eben leisten wollten, sie fühlten gewissermaßen instinktiv, um ein Wort zu wählen, daß das Aufkommen auch des kleinen Berufsvereins die Götterdämmerung ihrer Alleinbesitzschaft im Produktionsprozeß ankündigte. Der damals als Gründer oder auch als Mitglied unseres Verbandes festgehalten wurde, flog in der Regel auf Straßenpflaster. Die Maßregelung unserer Funktionäre und nicht weniger

der Mitglieder war geradezu eine Selbstverständlichkeit, und wer es gar riskierte, sich zum Wortführer seiner Kollegen etwa bei der Einreichung von Forderungen herzugeben, konnte bestimmt mit seinem sofortigen hinauswurf aus der Arbeit rechnen. In kleinen Städten oder schwächeren Gegenden — und zu denen gehörten damals nicht nur Ostpreußen und Oberschlesien — nahmen sich sogar vielfach die Polizei und die Gerichte dieser Hebelkämpfer an, denn das Wort von dem Koalitionsrecht mit dem Galgen daneben war noch bis in unser Jahrhundert hinein nicht nur ein rhetorisches Mitleid. So mußten wir zum Beispiel noch in der Halbmillionenstadt Dresden im Jahre 1905 in einer sehr bekannten Werkstätte unsern Arbeitgeber verheimlichen, daß seine 12 Gehilfen restlos organisiert waren und jede Woche treu und brav ihre Streikfondsmarken klebten, und als er schließlich doch davon erfuhr, schloß er kurzerhand schon 2 Wochen vor dem in der Luft liegenden Streik seine Türe zu. Denn ein Organisierte, für ihn gleichbedeutend mit einem „Roten“, war für ihn nach einer oft gebrauchten Redewendung ein Krebsübel, das weiter freise und darum ausgeschnitten werden mußte.

Weil es damals dem einzelnen so schwer war, sich an die Spitze der Organisation zu stellen, wurden Eingaben an die Arbeitgeber in kleineren Städten meist von allen Kollegen unterschrieben, wobei allerdings vielfach die ganze Aktion im letzten Moment noch ins Wasser fiel, weil nicht immer alle Mann bis zu dem feierlichen Akt der Unterschrift im Besitze der erforderlichen Courage blieben. Das Spiel setzte dann im günstigsten Falle im folgenden Jahre immer wieder von neuem ein.

Aber auch das Verheimlichen der ersten Organisationsregungen aus taktischen Gründen zur Verhinderung von Maßregelungen und der Vorbereitungen von Lohnbewegungen war sehr erschwert, weil in den meisten Bundesstaaten jede Versammlung polizeilich angemeldet werden mußte und hierauf gewöhnlich überwacht wurde. Kam es unter andern in Sachsen doch vor, daß selbst Vorstandssitzungen oder Werkstattbesprechungen polizeilich nachgespürt wurde und noch bis über 1900 hinweg waren von den Beziehungen der Ortsgruppen des Verbandes mit ihrer Hauptverwaltung Schwierigkeiten zu befürchten. Die Polizei störte aber nicht nur unsere Tätigkeit, sondern piff auch den Unternehmern mancherlei, was im Interesse unserer Sache streng geheim bleiben mußte.

Kam es zu einem Streik, so setzten sofort die Schikanen ein. Die Unternehmer und streikbrechenden Elemente denunzierten den Behörden jedes derbe Wort der Aufklärung als Bedrohung Arbeitswilliger, Streikposten wurden vertrieben oder verhaftet und Arbeitgeber, die unsere Forderungen bewilligten, geächtet und boykottiert. Die führenden Kollegen wurden von Unternehmern und Streikbrechern verleumdet, und da der Verband natürlich bei seinem geringen, immer erst in jedem Frühjahr erneut etwas anwachsenden Mitgliederstand und niedrigen Beiträgen nur sehr geringe Unterstützungen zahlen konnte (der schnell zusammenge-sammelte Streikfonds reichte oft nur für einige Tage), brach meist die ganze Aktion schnell in sich zusammen. War eine praktische Wirkung eingetreten, so funkt der erhöhte Lohn in den nächsten Wochen wieder herab, im Winter wurde aber bestimmt der frühere Stand erreicht, und so stand man im kommenden Frühjahr ungefähr wieder auf dem gleichen Fleck wie vor der Bewegung.

Natürlich war an feste Abmachungen, an Tarifverträge damals nicht zu denken. Die Unternehmer legten größtes Gewicht darauf, daß sie über die Bedingungen, zu denen sie so gütig waren, Arbeiter zu beschäftigen, selbst bestimmten. Noch nie hat eine herrschende Schicht von ihren Vorrechten freiwillig etwas preisgegeben. Darum war es für uns, die wir einiges von Marx gelesen hatten, eine Selbstverständlichkeit, daß wir diese Vorrechte erst in langwierigen und heißen Kämpfen beseitigen würden. Deshalb hatten wir auch für die Wirksamkeit direkter Aktionen mit Hilfe des Artilleriefeuers großspuriger Phrasen und häumeausreizender Parolen kein Verständnis und die Kollegenschaft hatte so viel Vertrauen zu den leitenden Kollegen, daß sie sehr wohl begriff, daß ohne große, disziplinierte und nur nach gut vorbereiteten Plänen und unter Befolgung einer nüchtern abwägenden und kalt berechnenden Kampfaktive das Ziel zu erreichen sein würde. Nicht im Draufloschlagen und dem Erweitern der Kampfbasis bei jedem beliebigen Anlaß lag die Stärke und das Geheimnis der späteren Erfolge, sondern mehr noch in dem Vermeiden unzeitgemäßer, nicht unbedingt Erfolg versprechender Kämpfe.

Zwar hat auch damals diese Dremstätigkeit der Verbandsleitung viele Vorwürfe eingetragen und manche unaufgeklärten oder auf natürlich auch früher schon vorhandene Phrasenreue und besinnungslose Draufgänger hereingefallenen Kollegen der Organisation entfremdet, das Vertrauen des klarblickenden Teiles hat sie dafür aber reichlich entschädigt und uns von Stufe zu Stufe langsam aber sicher emporgebracht. Nebenher setzte der Verband durch

die Erhöhung der Beiträge und gleichzeitige Einführung Kranken- und Sterbeunterstützung die Stärkung Finanzkraft und damit seiner Kriegsrüstung durch.

Mit dieser systematischen Arbeit, die mit der Weisheit der neuen Verbandsleitung im Jahre 1897 und den Kollegen Tobler und Wentker von Hamburg ausging und bald nach 1900 sich auch nach außen hin und den Fortschritt des Verbandes zeigte, wurde der Boden geschaffen, auf dem der Entscheidungskampf gegen die Rechte des Unternehmertums erst möglich wurde.

Bestanden damals fast noch keine eigentlichen Tarifverträge, die ähnlich wie später die Arbeitsverhältnisse Organisation zu Organisation auf bestimmte Zeit fest bestimmt regelten, so kam es noch sehr häufig vor, daß Unternehmer jede Einmischung des Verbandes oder Vertrauensleute in diese Angelegenheit entschieden wiesen. Sie ließen sich höchstens zu Verhandlungen mit ihren „eigenen Leuten“ herbei, Verbandsangestellten prinzipiell die Tür gewiesen; kamen sie gar auch nach außen, so bekreuzigte man sich vollends dreimal, man bewilligte schon lieber einen Pfennig Lohn mehr, schloß sogar einen Tarif unter irgend einem andern Namen mit einer Kommission der Gehilfen oder mit dem Gewerkschaftsausschuß ab, damit nur ja der vermaledeite Verband auf den Plan trat.

Doch änderte sich auch das nach und nach. Unsere Vorschläge, die unsere Organisation jedes Jahr an verschiedenen und immer wechselnden Orten in Nord- und Süd unter weiser Beschränkung nach den vorhandenen Mitteln und den Regeln der Ermattungsstrategie aufbrachten, kamen nach und nach doch allerlei Tarifverträge mit schreitend günstigeren Bedingungen zustande. Der hart umstrittene Minimallohn bürgerte sich ein, die Scheidungen nach Alter und Lehrbrief wurden auf ein tragliches Maß gebracht, die Ueberstundenbezahlung geregelt, die Arbeitszeit von 11 Stunden und mehr auf 10 und 9 Stunden herabgedrückt, die Arbeitsverhältnisse, hygienische Fragen und andere in den Bereich der Organisation einbezogen. Das Eis war gebrochen, und war die Organisation als Faktor des Arbeitsprozesses anerkannt, ging es schnell vorwärts. Im Jahre 1906 bestanden 160 Tarifverträge für 12 109 Betriebe und 39 600 Gehilfen, und zwar, obwohl der Malertag in München einstimmig den Abschluß von Tarifverträgen mit der Organisation trotz warmer Befürwortung durch den norddeutschen Arbeitgeber ablehnte. Die große Ignoranz dieser erlauchten Versammlung zeigte, ihrem richtigen Glanze zwei Jahre später, als der Malertag zu Hannover sich ebenso einstimmig auf den Abschluß eines Tarifvertrages stellte. Und die Sache bekam nun Logik, weil man gleichzeitig einen Arbeitgeberverband zentraler Grundlage aus der Taufe hob, der nunmehr die Gehilfenorganisation als Träger der allerorts abzuschließenden Tarifverträge auf den Plan treten sollte.

Die nächste Aufgabe sollte eine Zentralisierung der gesamten Tarifwesens und der Abschluß eines Reichstarifvertrages sein. Kengstliche Gemüter unsern Kollegen, die sonderbarerweise gerade bei radikal auftretenden Kreisen angehörten, sahen in folgerichtigen und mit den Lehren sozialistischer Gesinnung durchaus übereinstimmenden Entwicklungsmöglichkeiten Gefahren. Der Abschluß des Normaltarifs von 1910 und der bisherigen vier Reichstarifverträge seit 1910, daß nicht die Form eines Vertrages und seine mehr oder weniger große Ausdehnung ausschlaggebend sind, sondern die moralische und nicht zuletzt auch materielle Stärke hinter den durch den Vertrag geschützten Personenschar des Tarifträgers, in diesem Falle unsere Organisation.

Mit unserm Reichstarifvertrag, der trotz der Bewegung Rheinland-Westfalens, Schlesiens und einer großen Zahl meist kleinerer Städte dennoch unsern Tarifwesens Form und Inhalt gibt, und der den Streikrevolution und die Inflation überlebt und selbst in kritischen Momenten für beide Vertragsteile die Lösung gefunden hat, ist rein äußerlich wenigstens die erste Pionierarbeit unserer großen Sache und die gleiche, opferreiche Tätigkeit der Hunderte weitausgehender Mitstreiter gekrönt worden, die vor 30 und 40 Jahren Werk gingen, um am Grabe der Alleinherrschaft der Unternehmer im Produktionsprozeß zu schaufeln und die Berechtigung der Arbeiterschaft vorzubereiten.

Alles, was wir heute als sicheren Besitz betrachten, ist jeweils aus kleinsten Anfängen entstanden, von den blühenden Männern weitergetragen und nach mehrjähriger Entwicklung zur Entfaltung gebracht, zu höherer Vollkommenheit ausgebaut und in den bestehenden Verhältnissen verankert worden.

Noch sind wir nicht an unserm Ziele, und die Rückschlüsse nicht unbedingt sicher. Viel ist erreicht, viel — ja noch mehr — muß hinzugefügt werden, viel — ja noch mehr — muß hinzugefügt werden. Nicht allein auf dem Gebiet des Tarifwesens.

und Wirken des Verbandes.

die Arbeit und ernst der Kampf, den der Verband in den 40 Jahren seines Bestehens geleistet hat. Trotz aller Schwierigkeiten ein ununterbrochener Aufstieg, der in den ersten Jahren zwar durch Krisen unterbrochen wurde. Legen wir die Mitgliederzahl im Jahre 1882 ermittelte Zahl der Stubenmalern, Staffierern und Anstreichern gegenüber die Zahl der im Jahresdurchschnitt organisierten Berufskollegen von 7.144, so ergibt sich daraus doch nur ein Anstieg von 1,5 organisierten Kollegen. In den ersten Jahren seines Bestehens hat es der Verband auf sich gebracht, das Wachstum der Berufstätigen um ein Hundert eine Zunahme der Organisierten auf das Hundert aus, während die Zahl der Verbandmitglieder im Verhältnis zu den Berufstätigen überhaupt auf 6,5 % gestiegen ist.



Die Entwicklung der Mitgliederzahl von 1885 bis 1924 ist in vorstehender graphischer Darstellung zum Ausdruck gebracht. Durch die geringen Mühen unterzieht, ihr eine gründliche Studienarbeit zu widmen, dem wird die Aufklärung und einen tieferen Einblick in die Wirken unseres Verbandes geben, als es sonst vermöchten. In den ersten Jahren an wirkungsvoller Arbeit geleistet hat und die Arbeitsverhältnisse als zufriedenstellend waren, konnten im erstenmalig über 5000 Mitglieder, ein Jahr später Mitglieder gemustert werden. Auf der Versammlung des Verbandes in Mainz wurde die ganze Misere jahrelanger wenig fruchtbarer Tätigkeit der bisherigen reinen Organisation aufgerollt und, nachdem ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom 1900 an mit 33 gegen 8 Stimmen beschlossen. Die Folge dieser für die zukünftige Entwicklung der Maler sehr wichtigen Maßnahme ist nach vorstehender Zeichnung schon im folgenden Jahre zu erkennen. Von 1899 an entwickelt sich die Kurve gleichmäßig ohne Schwankungen aufwärts und erst das Jahr 1913 zeigt einen wenn auch unerheblichen Rückgang. Dies ist nicht die Aufgabe dieser geschichtlichen

Betrachtung, polemisch in den Streit der Meinungen über die Zweckmäßigkeit von Unterstützungsanstalten einzugreifen, aber Tatsachen sind nicht zu ändern.

Einen gewaltigen Rückschlag erlitten wir durch den Krieg. Mehr als 31 000 Mitglieder wurden zum Wehrdienst eingezogen, die, soweit sie nicht auf den Schlachtfeldern verbluteten, dem Verband die Treue hielten, wie der Aufschwung nach der Beendigung des großen Völkermordens mit aller Deutlichkeit beweist.

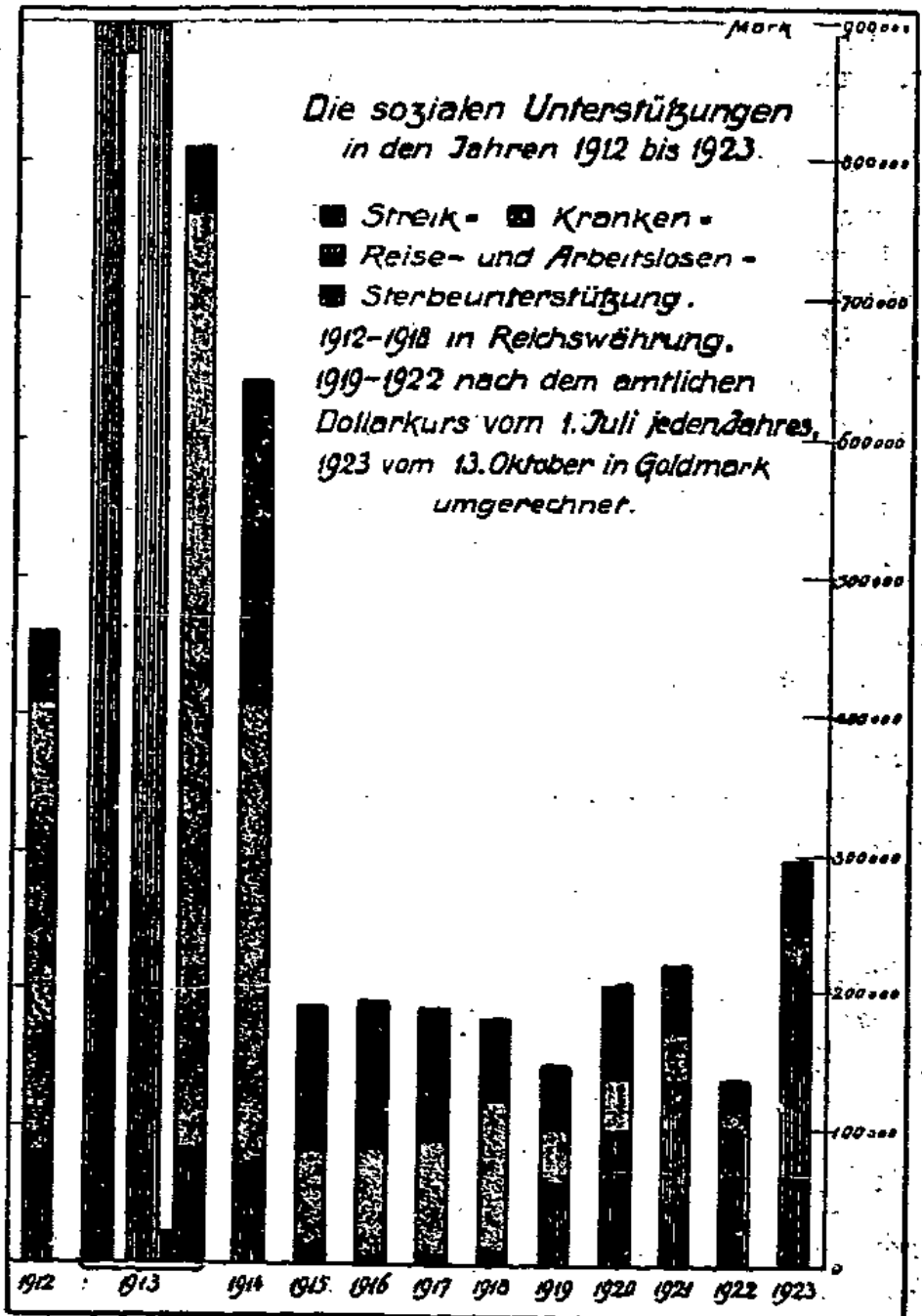
Die Inflation und die politische Zerissenheit der deutschen Arbeiterschaft haben ihre unheilvolle Wirkung auch auf das gewerkschaftliche Organisationsleben ausgeübt. Wenn diese Wunden auch nicht unheilbar sind, so ist der Gesundungsprozess nach den fieberhaften Erschütterungen des Krieges doch aufgehalten und der Verband in seiner Fortentwicklung gehindert worden.

Die Zahl der alljährlichen Neuaufnahmen im Verhältnis zur Mitgliederzahl am Jahresende zeigt eine gewaltige Fluktuation, die zu unterbinden trotz aller Gegenmaßnahmen kaum je ganz gelingen wird. Ihre Ursache liegt zum Teil in dem großen Zustrom berufsfremder Arbeiter und in dem durch die Unsicherheit in unserem Berufsleben begünstigten Bestreben, sich selbstständig zu machen, wodurch alljährlich Tausende von Kollegen ihre Mitgliedschaft, wenn oft auch nur vorübergehend, aufgeben; nicht minder groß ist die Abwanderung zu außerberuflicher Tätigkeit.

Der Verband hat zu allen Zeiten als seine vornehmste Aufgabe die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrachtet. Eine Gegenüberstellung von Lohn und Arbeitszeit der Jahre 1884, 1914 und 1925 ergibt für nachstehende Orte folgendes Bild:

Ort	Durchschnittslohn			Tägliche Arbeitszeit		
	1884	1914	1925	1884	1909	1925
Berlin	45	73	115	9	9	8
Chemnitz	26	57	102	11	9½	8
Cassel	28	55	95	10½	9½	8
Dortmund	28	57	88	12	10	8
Flensburg	30	61	100	11	10	8
Frankfurt a. M.	33	61	105	10½	9½	8
Gera	24	50	87	12	10	8
Leipzig	35	67	105	10	9	8
München	35	58	102	10	9	8
Stuttgart	32	60	102	10	9½	8

In den 40 Jahren seit Bestehen unseres Verbandes sind 2973 Lohnkämpfe und Aussperrungen durchgeführt worden, wobei zahlreiche Einzelkämpfe und alle Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung nicht berücksichtigt sind. Hierfür sind, allein aus der Hauptkasse, bis zu Beginn des Krieges über vier Millionen Mark ausgezahlt worden. Außerdem sind gewaltige Summen an Kranken-, Arbeitslosen-, Maßregelungs-, Reise- und Sterbeunterstützung, sowie für Rechtsschutz ausgegeben und in vielen Fällen ausländische Bruderorganisationen, wie auch andere Verbände in entscheidenden Kämpfen unterstützt worden.

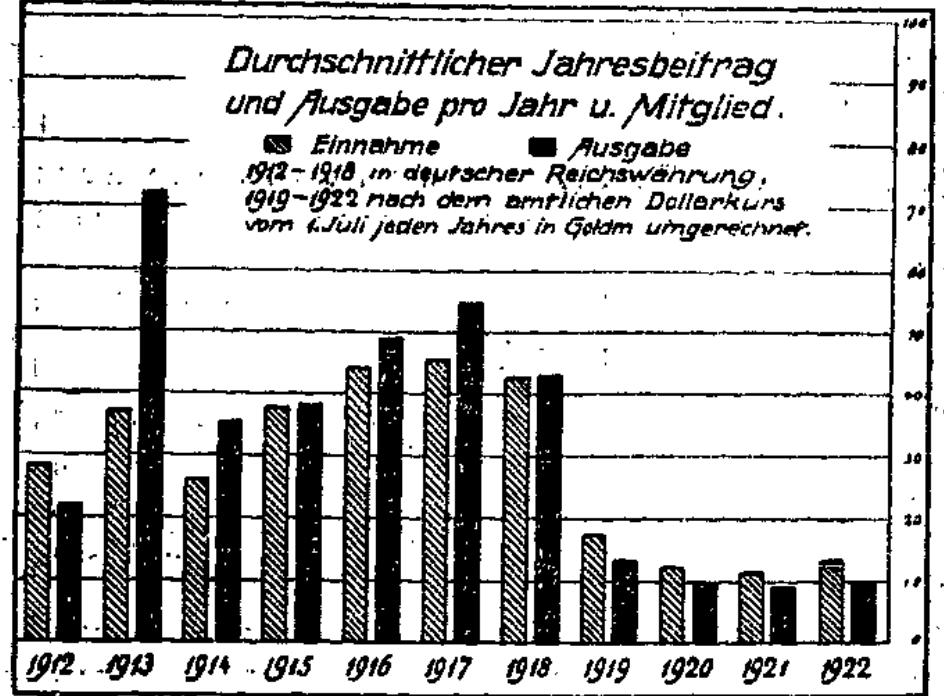


Die vorstehende Zeichnung zeigt, daß der Vorwurf zu Unrecht erhoben wird, die Organisation sei zu einem Unterstützungsinstitut herabgesunken. Aus Mangel an

Raum mußte von einer Erweiterung auf die früheren Jahre abgesehen, es konnten nur die Ausgaben für soziale Unterstützungen von 1912 bis 1923 zusammengestellt werden. Das vorhergehende Jahrzehnt, das an Kämpfen so reich war (in der Zeit wurde die Grundlage für unser ganzes Tarifwesen gelegt), hätte die zu Unrecht erhobene Behauptung um so mehr ad absurdum geführt, als die Arbeitslosenunterstützung erst später, 1914, zur Einführung gelangte. Scheidet man die Kriegsjahre aus, in denen offene Lohnkämpfe aus allgemein bekannten Gründen nicht geführt werden konnten, so sind die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen bei weitem vorherrschend. Wer wagt aber zu bestreiten, daß, besonders in den letztvergangenen Jahren unerhörter Arbeitslosigkeitsperioden und der in der Gefolgschaft des Hungers sich immer mehr ausbreitenden Krankheitserscheinungen der Gewährung von Kranken- und Arbeitslosenunterstützung eine eminent volkswirtschaftliche und den Prinzipien wahren Klassenkampfes entsprechende Bedeutung zuzuerkennen ist?

Mit der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in engster Verbindung steht das Tarifwesen des Verbandes. Nach energischem Sträuben und vielfachen Vorstößen mußte sich das Unternehmertum in den unbeugbaren Willen einer zielbewußten Arbeiterschaft im Bereiche fügen und gezwungenermaßen in den Abschluß von Tarifverträgen einwilligen.

Am Ende des Jahres 1923 bestanden 631 Tarife in 1865 Orten für 23 182 Betriebe mit 59 237 Beschäftigten. Hält man diesen Zahlen den Bestand an Tarifen am 31. Dezember 1906, dem Beginn unserer Tarifstatistik in ihrer jetzigen Gestaltung, mit 160 Tarifen für 12 109 Betriebe mit 39 685 Beschäftigten entgegen, so ist daraus unwiderleglich der gewaltige Fortschritt in unseren Lohn- und Arbeitsbedingungen nachgewiesen, ohne daß man auf den näheren Inhalt der Tarifverträge Bezug nimmt, an dem die Entwicklung selbstverständlich nicht spurlos vorübergegangen ist.



Alle Leistungen des Verbandes, mögen sie Kampfes-, Unterstützungs-, Bildungs- oder anderen Zwecken dienen, sind nur als Gegenleistungen für die Beitragszahlung der Mitglieder denkbar, da es der Organisation an jeglicher sonstiger Einnahme fehlt. Der Erzielung von Rücklagen für bevorstehende große Lohnkämpfe und sonstige außerordentliche Vorkommnisse ist deshalb von jeher besonderes Augenmerk zuteil geworden, wie hätten sonst so gewaltige Anforderungen befriedigt werden können, wie sie die Aussperrung 1913 und die Notlage in den Kriegsjahren erforderten?

Wie durch die oben eingefügte Tabelle über den durchschnittlichen Jahresbeitrag und die Ausgabe pro Jahr und Mitglied anschaulich dargestellt ist, bietet der Verband seinen Angehörigen eine Rückversicherung, die, ungeachtet der Vorteile durch Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse den ganzen Betrag der Einlage, und nicht selten noch höhere Beträge, voll an seine Mitglieder zurückvergütet, so daß die Organisation eine Sparkasse im besten Sinne des Wortes genannt werden kann.

Was darüber an Lohnerhöhungen erreicht, für die Sicherung der Arbeitsverhältnisse, Beseitigung der Gesundheitsgefahren und vieles andere mehr getan wird, stellt eine Verzinsung des eingezahlten Beitrages dar, die sowohl dem Einzelnen als der ganzen beruflichen Arbeiterschaft zur Hebung ihrer Lage zugute kommt.

Aber damit sind die Leistungen noch lange nicht erschöpft. Sie könnten noch weit größer sein, wenn alle Berufsangehörigen ihre Lage erkennen und sich zu einem unteilbaren Ganzen zusammenschließen wollten, an dem alle Angriffe der Gegner zunichte werden müßten.

Keiner strebe zum Ganzen und laßst Du allein ein Ganzes nicht bilden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an!

Unsere Fachpresse.

Vom Januar 1886 an erschien das „Maler-Vereins-Blatt“, gedruckt und redigiert in München. Die Herausgabe des neuen Fachblattes wurde überall von den Mitgliedern freudig begrüßt, wie aus den Berichten der verschiedenen Orte an die Redaktion hervorgeht. Die Berichte geben uns auch einen Ueberblick über die wirtschaftlich soziale und gewerbliche Lage im Malergewerbe Mitte der achtziger Jahre, der für uns von allergrößter Bedeutung ist. Diese Berichte in der Fachpresse aus der Gründungszeit unseres Verbandes sind die einzig zuverlässige Grundlage, von der aus die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betrachtet werden können. Eine Nachprüfung mit den noch vorhandenen Protokollbüchern ergab, daß das Malergewerbe äußerst ungesunde Verhältnisse aufwies: Niedrige, unaufröhmliche Löhne, lange Arbeitszeit, willkürliches Verhältnis, da keine tarifliche Regelung bestand, erbitterter Konkurrenzkampf der Meister unter sich, wogegen die neu entstehenden Zünftebestrebungen sich vollständig einflußlos erwiesen. In dem ersten Artikel: „Was wir wollen“, wurde dargelegt, was Veranlassung war, ein eigenes Fachblatt ins Leben zu rufen. Die damals bestehenden Fachblätter waren das „Korrespondenzblatt“, Organ des Innungs-Malermeister-Bundes; es vertrat in einseitiger Weise den reaktionären Standpunkt des Bundes. Ein anderes Organ war die „Malerzeitung“, herausgegeben und redigiert von Ferd. Nham in Bonn. Das Blättchen war das schundigste, was wohl je als Malerfachorgan erschienen ist. — Das dritte Organ war „Die Mappe“, ein kunstgewerbliches Fachorgan, das seit seiner Gründung auch für die Interessen der Gehilfen allezeit ein gutes Wort übrig hatte. Die Hauptaufgabe dieser gut geleiteten Fachschrift war: Durch Wort und Bild die technischen und künstlerischen Fortschrittsbestrebungen im Malergewerbe zu fördern und zu pflegen.

Das neugegründete „Maler-Vereins-Blatt“ hatte sich als Gehilfenorgan die Aufgabe, vor allem für die wirtschaftliche Befreiung der Gehilfen einzutreten. „Nur ein Meister werden ist erst dann zu denken“, heißt es unter anderem in dem Einleitungsartikel, „wenn alle Kollegen zu der Einsicht kommen, daß sie sich samt und sonders in gleicher Lage befinden und daß die überall gleich traurigen Berufsverhältnisse nur durch gemeinschaftliche Reformarbeit verbessert werden können. Diese Einsicht zu fördern und schaffen zu helfen, ist das Programm des „Maler-Vereins-Blattes“.

In erster Linie gab es den Kollegen Deutschlands Gelegenheit, durch Korrespondenzen über die Zustände unseres Berufes aus jedem einzelnen Orte, insbesondere über das Konkurrenzwesen, über Arbeitspreise, Löhne,

Arbeitszeit, über die Zahl der Meister, Gehilfen und Lehrlinge, Lebensmittelpreise usw., Aufklärung über den allgemeinen schlechten Stand des Berufes zu verbreiten. Dem werden sich anschließende Erörterungen über unsere Gewerbegesetzgebung, über Unfall-, Kranken-, und Arbeiterschutzgesetzgebung, über das Hilfskassen- und Haftpflichtgesetz, über das bestehende „Koalitionsrecht“, den Arbeitsvertrag, die Arbeitszeit und deren Regelung auf gesellschaftlichem und privatem Wege, über Arbeitslöhne, Arbeitspreise, Akkord- und Sonntagsarbeit, Lehrlings-, Konkurrenz- und Submissionswesen, Berufskrankheiten, Krankenunterstützungsweisen, Reiseunterstützung, über den Arbeitsnachweis, Berufsstatistik — kurz, das „Maler-Vereins-Blatt“ wird alle sozialgewerblichen Fragen, die uns als Berufsmenschen sehr wesentlich interessieren, in den Kreis der Besprechung und Diskussion ziehen.“

Es liegt auf der Hand, daß das „Maler-Vereins-Blatt“ durch ein solches Vorgehen sich zu einem Organ gestalten kann, das die Organisationsbestrebungen der Kollegen Deutschlands mächtig fördert, den kollegialen Geist unter ihnen erstarken hilft und das Bewußtsein in der Kollegenschaft nährt, daß diese als vereintes Ganzes auch imstande ist, die an allen Orten gleichen Schäden des Berufslebens zu beseitigen.

Entsprechend seinem Programm ist das „Maler-Vereins-Blatt“ ein Organ der Gehilfenschaft. Es wird jedoch nicht in den Fehler der Einseitigkeit verfallen, durch den sich besonders die modernen Künstler auszeichnen, die entgegen dem mächtigen und unüberwindlichen, nach Gleichberechtigung aller Menschen ringenden demokratischen Zuge der modernen Zeit die Bevormundung der Gehilfen durch den Meister verwirren möchten und die Gehilfenschaft am allerliebsten nur anerkennen, insofern sie für die Meister arbeitet. Wenn wir daher von vornherein unser „Maler-Vereins-Blatt“ als Gehilfenorgan bezeichnen, so wollen wir damit sagen, daß in ihm die sozialgewerblichen Interessen der Malergehilfenschaft gegenüber den einseitig vertretenen Meisterinteressen energisch gewahrt und gefördert werden sollen, ohne den letzteren da, wo sie berechtigt sind, zu nahe zu treten. Werden wir daher überall da, wo den Gehilfen Pflichten auferlegt sind, auch deren Rechte zu wahren suchen, so glauben wir auch im Interesse der gesamten Kollegenschaft zu handeln, wenn wir das Pflichtbewußtsein der jungen Kollegen gegenüber dem Gesamtberuf fördern helfen, indem wir immer wieder auf den schönen Satz: Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten! aufmerksam machen.

Im übrigen steht unser Organ allen Kollegen zur Verfügung, wenn nur die Verwirklichung unseres Programms bei der Mitarbeiterschaft leitender Gedanke ist. Nur der Meinungsaustausch aller Kollegen kann unsere Sache fördern, kann die Meinungen klären und uns be-

lehren, wie wir am besten unser aller Wohl fördern können. Wir laden daher alle Fachgenossen zu Mitarbeiterschaft ein und bitten dabei, uns um Amt dadurch zu erleichtern, daß sie sich bei allzeitigen und Einsendungen der strengsten Fleißigen.

Das „Maler-Vereins-Blatt“ erschien vorl. Bedürfnis, das heißt in den ersten Monaten, dann zweimal im Monat. Es fand weder durch die Post noch durch den Versand sondern nur durch die bestehenden Berufsorgane und die Expedition Verbreitung. Vom Januar wurde der Titel umgeändert in „Correspondenz“. Diese Zeitung erschien bis 15. September 1888. zuvor auf Grund des § 11 des Sozialistengesetzes Nummern 14 und 18 verboten worden waren am 19. September 1888 das gänzliche Verbot des „Correspondent“. Seitdem erschien dann über 35 Jahre 1923 das Fachorgan unseres Verbandes unter „Vereins-Anzeiger“. Der Titel hat seit Jahrzehnten Kollegen Anlaß gegeben, auf unsern Generalversammlungen eine andere Namensbenennung zu beantragen auf der Generalversammlung in Jena 1923 kam Gelegenheit wieder zur Sprache. Die Frage wurde dem Verbandsvorstande zur Erledigung überwiesen, den Beschluß faßte, vom Jahre 1924 an unsere Zeitung nunmehr unter dem Titel „Der Maler“ auszugeben.

Als weitere Mitkämpfer sind noch zu nennen „Malerlehrling“, der seit 1920 allmonatlich und ganz den Interessen unserer Jungkollegen gewidmet ist, und „Der Lackierer“ erscheint seit 1923. Seine Verbreitung hauptsächlich unter den in der Lackiererei tätigen Kollegen.

Das „Fachblatt der Maler“, reich ebenfalls von unserem Verband herausgegeben, ausschließlich fachliche und kunstgewerbliche Zeitschrift beginnt mit April dieses Jahres seinen ersten Jahrgang. Unsere besten Glückwünsche begleiten es auf seinem Wege.

Zur Lage der Lackierer.

Die furchtbare Inflationsperiode, besonders in der Phase im Jahre 1923, hat in der Industrie Verwerfungen und Umschichtungen zur Folge gehabt, man auf der einen Seite einen geradezu gigantischen Zusammenschluß der einzelnen Werke zu großen Kartellen, Syndikaten und Trusts, von denen man sich hofft, daß sie zu einer Anfertigung von Spezialartikeln einzelner Werke führt, besteht doch auch die Tendenz der Großbetriebe, nicht nur einen, sondern

Dokumente aus vergangenen Tagen.

Werkstätte-Ordnung des Weißbinder-, Maler-, Lackierer- und Studatur-Verbandes.

- 1. Jeder dem Verbands angehörige Meister verpflichtet sich, seinen Gehilfen eines Verbandsmeisters ohne dessen schriftliche Entlassung in Arbeit zu nehmen.
- 2. Weidertseitige Kündigungsfrist ist aufgehoben, jedoch ist der Austritt aus dem Gewerbe nur Samstag gestattet, und zwar nicht rückwirkend, sondern dem Meister muß der Austritt angezeigt und daß dem Gehilfen anvertraute Werkzeug an den Meister abgeliefert werden, worauf letzterer gehalten ist, den Entlassungsschein auszustellen. Ebenso ist auch der Meister berechtigt, jederzeit seine Leute Samstag zu entlassen. Gründe über Entlassung oder Austritt in kein Teil verpflichtet, dem andern zu nennen.
- 3. Grobe Verstoffe (das heißt Grob- oder Rohheit, Leinwand, auffallende Färberei oder Faulheit, Diebstahl oder dergleichen) von Seiten des Gehilfen berechnen den Meister zu sofortiger Entlassung des letzteren.
- 4. Der Gehilfe ist für die ihm anvertrauten Werkzeuge und Materialien haftbar.
- 5. Die tägliche Arbeitszeit ist für die Weißbinder im Sommer von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr. Frühmorgens von 8 bis 1/2 Uhr morgens, Mittagszeit von 12 bis 1 Uhr mittags, Feierzeit von 3 bis 3 1/2 Uhr nachmittags, mithin 10 Arbeitsstunden.
- 6. Für die Lackierer-Werkstätten ist die Arbeitszeit im Sommer von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr festgesetzt.
- 7. Im Winter richtet sich die Arbeitszeit nach dem jeweiligen Eintritte der Nacht oder Verhältnissen.
- 8. Heberstunden werden nach den Tages-Arbeitsstunden berechnet.
- 9. Zum Wohl des Meisters wie des Gehilfen ist das Verbot, nach Feierabend im Wirtshaus unterzuziehen, und müssen sich die Gehilfen ihre Speisen und Getränke mitbringen oder holen lassen. Kein Gehilfe darf die Arbeit unter dem Meistere verlassen, damit es dem Meister möglich ist, jederzeit seine Leute anzutreffen.
- 10. Am Sabbat wird nach den vorgeschriebenen Arbeitsstunden der Lohn nach den Leistungen und Fähigkeiten des Gehilfen festgesetzt.

11. Streitfragen zwischen einem Verbandsmeister und seinen Gehilfen werden rechtsgültig geschlichtet, indem der Verbandsvorsitzende, nachdem ihm die Klage vorgebracht, 3 Gehilfen ernannt und der im Streit liegende Arbeiter dagegen 3 Verbandsmeister zu wählen hat, welche zusammen 6 Mann unter Vorsitz des Verbandspräsidenten die Streitfrage prüfen und rechtsgültig entscheiden. Niemals soll gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen werden, bevor die Streitfrage vor einem nach vorstehendem Schema zusammengestellten Schiedsgericht beurteilt und zu Recht erkannt wurde.

12. Diese Werkstätte-Ordnung ist jeder Verbandsmeister verpflichtet, in seiner Werkstätte aufzuhängen, und erkennt der Gehilfe beim Antritt der Arbeit dieselbe als Vertrag bindend an.

Darmstadt, den 15. November 1877.

Gg. Bäßell. C. Klotz. B. Emmel. C. F. Mahr. S. Zeit. F. Voigt. Ph. Mühl. Ph. Kintz. R. Geißner. H. Schmid Sohn. J. Ruoff. Peter Weber. Adam Best. C. Gaußert. Gebrüder Rober. W. Boll. Ph. Hüllgärtner. Ph. Schaub. Gg. Müller. F. Kraus. Th. Klump. Ph. Böhner. G. Franz Zeit. J. Reich. W. Engelter. G. Zeit. Ph. J. Schmidt. Christian Erb. Ch. Mühlert. Johannes Feigl, gelesen, stand auf der Rückseite dieser Werkstätte-Ordnung.

Verbot des „Correspondent“.

Hamburg, den 19. September 1888.

Zu Gemäßheit des § 13 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878, wird Ihnen, als dem Verleger der periodischen Zeitschrift „Correspondent“, Offizielles Organ der Vereinigung der deutschen Maler usw. hierdurch eröffnet, daß die unterzeichnete Behörde als Landespolizeibehörde auf Grund § 11 des gedachten Gesetzes die Nummer 18 des 3. Jahrganges der genannten Zeitschrift verboten hat.

Zur Begründung des Verbots wird hingewiesen auf den Artikel „Die internationale Kunstausstellung in München“, in welchem zur Förderung sozialistischer auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteter Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden und insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise unter dem Deckmantel sachgemäßer Beschreibung von Kunstgegenständen, soziale Gegenstände in

tendenzloser, aufreizender Gruppierung einander gegenübergestellt werden.

Mit Belegen verweist der Verfasser bei „Der Arbeiterstreik“, um den beim reichen Maler „Fabrikdirektor und Aktionär“ mit dem Arbeiter gleichen, „welcher erst rebellieren müsse, um ein pfennig als Zulage zu erhalten“, und in gleichem Absicht geht er zu einer Besprechung der „Witze“ und „Die Schwestern“ über, um die Gegensätze des sozialen Lebens, hier „Hunger und lebenslanger Arbeit“ und dort „mit Habgier Reichthum infolge unredlichen Erwerbes“ gegenüberzustellen.

Besonders hervorzuheben ist ferner auch die Weise, wie der Verfasser die Schilderung des Malers Maximilian erscheinen seine Opfer“ benutzt, um gemäßigter Behandlung des Themas“ auf die Beziehung zwischen den Christen und den modernen Sozialisten zuweisen, welche gleich jenen „einem gewaltigen Liebe, in das Elend getrieben werden.“

Diese Sätze eines auch seinem gesamten Ueberblick nach von sozialistischer Denk- und Gesinnungswelt den Artikeln sind nun offenbar geeignet, die Friedlichkeit unter den Arbeiterkreisen gegen die übrigen Klassen zu erregen und enthalten somit Bestand des § 11 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878.

Mit Rücksicht hierauf mußte das Verbot Nummer wie geschieden ausgesprochen werden.

Zu Gemäßheit des § 11 Absatz 2 des zitierten Gesetzes ist das Verbot aber auch auf das fernere Erscheinen der Zeitschrift auszudehnen.

Diese Maßregel rechtfertigt sich — ganz abgesehen von dieser Hinsicht allein schon ausreichendem des inkriminierten Artikels — nicht nur durch die Tendenz der Zeitschrift, welche bereits mehrerlei Raum gegeben hat, in den sozialpolitischen und sozialdemokratischen Standpunkt aus besprechend (vergleiche den Artikel „Arbeit und Lebensnot“ des 3. Jahrganges, und ferner den Artikel „Die Invalidenversorgung der Arbeiter“ in Nr. 13 Jahrgang), sondern besonders auch durch den Inhalt des inkriminierten Artikels eine unmittelbare geschwächte Fortsetzung derjenigen Abhandlung, deren verheerender Schreibweise bereits die Nummer 13 Jahrgang verboten worden war.

Der Senator, Chef der

ebenartige Artikel nebeneinander herzustellen.
Veränderung der Produktionsverhältnisse werden
Lackiererkollegen in diesen Betrieben berührt.

Die neuen Zustände, die auch bei ihnen in
der Zahl der Beschäftigten, Lohn- und Arbeits-
eingetreten sind, unterrichtet zu sein, veran-
laßt den Vorstand im November 1924 eine Erhebung.

auszugehen, macht sich in ihr der durch die
ihre Folgererscheinungen bedingte Zustand,
der der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften,

Beispielsweise, zum Teil verursacht durch die
in der Arbeiterenschaft herrschenden Vru-
recht unangenehm bemerkbar. Die Zahl der

betriebe und Beschäftigten ist gegenüber der
Jahre 1921 vorgenommenen statistischen Erhe-
bung zurückgegangen. Trotzdem hoffen wir, daß

den Resultate der Statistik zur Klärung der
Verhältnisse beitragen und zur fruchtbareren Arbeit
Lackiererkollegen für die Organisation dienen

gen gingen ein aus 226 Orten für 772 Be-
schäftigten waren insgesamt beschäftigt 310 384
und 19 799 weibliche, zusammen 330 183 Per-
sonen entfällt die größte Zahl, 150 538, auf das

an, 117 888 sind im Maschinenwesen beschäf-
tigt. Hausartikelbranche sind es 19 805 und in „Son-
stigen“ 88 907. Berufskategorie sind in den

in Betrieben 12 152 männliche und 725
zusammen 12 877 = 3,9 % der Belegschaft be-
trifft. Die größten Prozentzahl machen unsere Kollegen

im „Hausartikel“ mit 9,1 % aus. Im Ver-
band es 5 %, 2,4 % im Maschinenwesen und
in sonstigen Betrieben“. Von diesen 12 877

gehörig bezeichnet sich 5860 = 45,5 %
als 2376 = 18,5 % als Maler, 1545 = 12 %
als 279 = 2,2 % als Lackiererinnen, 1867 =

Angelernte, 267 = 2,2 % als Jugendliche, 568
als Lehrlinge und 97 = 0,7 % bezeichnen sich
weiter. Das ist gegenüber der letzten Erhebung,

Die Verteilung der erfaßten Betriebe und beschäftig-
ten Berufscollegen auf die einzelnen Verbandsbezirke er-
gibt folgendes Bild: Im 1. Bezirk wurden erfaßt 125 Be-
triebe mit 1822 beschäftigten Kollegen, davon 28 = 1,5 %
weibliche, 66 Betriebe mit 1165 beschäftigten Kollegen,

Werberuf!
Vorwärts! Es schalle mit Macht durch das Land
Der Werberuf für unsern Verband!
Leht niemals die Hände feig in den Schoß,
Dann wird sich auch bessern der Arbeiter los?
Nur mit emsiger Kraft, mit starkem Vertrauen
Könnst ihr Euch die schönere Zukunft erbauen —
Drum stützt stets in Treue, mit hellem Verstand
Eure stolze Waffe: Euren Verband! Caes.

darunter 40 = 3,4 % weibliche, wurden im 2. Bezirk er-
faßt. 182 Betriebe mit 2274, darunter 64 = 2,8 % weib-
liche Beschäftigte, sind es im 3. Bezirk. Im 4. Bezirk

konnten von der großen Zahl der dortigen Industrie-
betriebe nur 76 mit 1685, darunter 24 = 1,4 % weiblichen
Beschäftigten, von der Erhebung erfaßt werden. 217 Be-
triebe mit 8498, davon 302 = 10,4 % weibliche Beschäf-
tigte, wurden im 5. Bezirk gezählt. 54 Betriebe mit 1499,

von 108 = 7,2 %, waren es im 6. und 52 Betriebe mit
986, davon 99 = 10,6 % weibliche Beschäftigte, im 7. Be-
zirk.

Bei der diesmaligen Erhebung kommen auf den ein-
zelnen Ort durchschnittlich nur 3,4 % der Betriebe gegen
6,5 % im Jahre 1921. Auf den einzelnen Betrieb entfallen
im Durchschnitt 16,7 % der Beschäftigten, 1921 waren es

14,8 %. Auch diese Zahlen zeigen uns, daß es uns nicht
gelungen ist, in gleicher Weise wie bei der vorigen Er-
hebung an die kleineren Betriebe heranzukommen.

Außerordentlich interessiert uns das Organisations-
verhältnis der Beschäftigten. Wir haben schon weiter oben
betont, daß darin gegenüber dem Jahre 1921 eine Ver-
schlechterung eingetreten ist, was durch folgende Zahlen

bestätigt wird. 5820 der beschäftigten Berufscollegen,
oder 45,2 % waren in unserm Verbandsorganisiert, 1921
waren es 61,7 %. 1163 = 9 % zählten sich zum Metall-
arbeiterverband, 165 = 1,3 % sind bei den Holzarbeitern,

und 708 = 5,5 % in andern freien Verbänden organi-
siert. Dem „Christlichen Verbands“ gehören 172 = 1,4 %,
89 = 0,7 % den Hirsch-Dunderschen, 118 = 0,9 % der
Allgemeinen Arbeiter-Union und 13 = 0,1 % gelben Ver-
bänden an. Nichtorganisiert sind 4631 = 35,6 % aller

erfaßten beschäftigten Kollegen, während bei der Erhebung
im Jahre 1921 nur 7,8 % der Erfaßten keiner Organi-

sation angehörten. Das ist eine große Verschlechterung
gegenüber der letzten Erhebung, doch sind an diesem Rück-
gang alle Organisationen beteiligt; die andern teils noch
in größerem Maße als unsere Organisation, was uns

allerdings wenig Trost gewähren kann.
Eine der wichtigsten Angelegenheiten der Industrie-
arbeiterchaft ist zweifellos der Verlust des unter den ver-
heerenden Krisenwirkungen nicht mehr zu haltenden

Achtstundentages. Nachdem es gelungen ist, für den Bau-
malerberuf die 48-Stunden-Woche beizubehalten, ist es
eine der wichtigsten Aufgaben der Organisationen, durch
einheitliches Zusammenwirken diese Errungenschaft der
Revolution wieder zurückzuerobern. Aus den gewonnenen

Zahlen geht aufs deutlichste hervor, daß der Achtstuden-
tag vorwiegend nur noch in den kleinen Betrieben be-
steht, die eine nur verhältnismäßig kleine Zahl von Kolle-
gen beschäftigen. In der Großindustrie ist vom Acht-
stundentag kaum etwas übrig geblieben. Täglich 8 Stun-
den und darunter arbeiten von den insgesamt 12 877

beschäftigten Kollegen nur 2847 = 22,1 %. Von 8
bis einschließlich 9 Stunden täglich arbeiten 5073 =
39,4 % der Beschäftigten, und 4783 = 36,7 % ar-
beiten über 9 bis einschließlich 10 Stunden. Von
215 Kollegen fehlen die Angaben.

Etwas günstiger ist das Resultat über die Wochen-
arbeitszeit. Es arbeiteten 4547 = 39,5 % Beschäftigte
48 Stunden und weniger. 6430 = 49,9 % arbeiteten
von 48 bis einschließlich 54 Stunden, 591 = 4,7 % bis
60 Stunden, von 787 = 5,9 % der Beschäftigten fehlten

die entsprechenden Angaben. Die Dauer der Arbeitszeit
nach Betrieben weicht davon wesentlich ab. In 433 =
58,2 % Betrieben wurde 48 Stunden und darunter ge-
arbeitet, in 273 = 35,2 % bis einschließlich 9 Stun-
den, 84 Betriebe = 4,4 % arbeiteten bis 10 Stunden,

und über 82 = 4,2 % der Betriebe wurden keine An-
gaben gemacht.
Trotz der verlängerten Arbeitszeit, die ein längeres
Verweilen der Beschäftigten im Betriebe zur Notwendig-
keit macht, besteht auch jetzt noch das Bestreben, die Auf-
enthaltsdauer im Betriebe möglichst abzukürzen. In

438 Betrieben mit 7138 Beschäftigten ist die Dauer der
Mittagspause 30 Minuten und darunter, eine Frühstück-
pause von nur 15 Minuten ist fast die Regel und eine
Vesperpause gibt es nur in ganz wenigen Betrieben.

Der freie Sonnabendnachmittag ließ sich bei der ver-
längerten Arbeitszeit nicht mehr in der früher festge-
stellten Weise aufrechterhalten. Trotzdem zeigt sich auch
jetzt noch deutlich das Bestreben der Lackiererkollegen, sich

ihn nach Möglichkeit zu erhalten. Nach unseren Fest-
stellungen haben 9,3 der Betriebe mit 14,3 % der Beschäf-
tigten am Sonnabend um 12 Uhr oder vorher Arbeits-
schluß, 43,6 % der Betriebe mit 89,7 % der Beschäftigten

der Arbeiterbewegung huldigen, als Zweck des Unter-
stützungsfonds an.
Aber auch im übrigen sind die Verhältnisse des Fonds
unklar. Es fehlt an bestimmten Grundsätzen, nach denen
die eingesammelten Gelder verwendet werden sollen, die
freie Verfügung ist dem Vertrauensmann überlassen. Ueber

den Zweck des Fonds, über die Wahl des Vertrauens-
mannes, über die Richtigerprüfung der Rechnung beschließen
nicht diejenigen, welche Beiträge geleistet und event. An-
spruch auf Unterstützung haben, sondern öffentliche Ver-
sammlungen, wie die Blatt 29, 33, 42 dieser Altkon-
ferenzen: Wie gering das Interesse und die Teilnahme

Vom sächsischen „Juwel“.

Kollegen kennen noch aus eigener Erfahrung
gezeiten und Plackereien, mit denen sich in den
den nach der Verbandsgründung unsere Ver-
herumzuschlagen hatten. Ganz besonders

sächsischen Kollegen von einer „Hebevoll-
er Behörden bedacht; denn das sächsische Ver-
Juwel“ genannt, war unter den vielen andern
Vereinsgesellschaften mit das berüchtlichste.

ender polizeilicher Beschluß gibt einen
Bild in die damaligen behördlichen Machen-
eine freie und ungehinderte Entwicklung der
zu hintertreiben.

schluß vom 7. Februar 1891.
Chemnitz bestehende Unterstützungsfonds für
Lackierer ist aufzulösen, dessen Vorführung zu
dem „Vertrauensmann“ Otto Schubert

Auswändigung des Hauptbuchs, der Belege
44 beschlagnahmten 29 A 23 3 — letzteres
hlung der Blatt 43 eingesammelten Unter-
träge, welche der hiesigen Armenkasse zu über-
sowie unter Zurückhaltung der Blatt 44
den Quittungsmarken, zu eröffnen.
enden Gründen:

Der Vertrauensmann hat die Beiträge zum Fonds zu
vereinnahmen und die gesammelten Gelder zu verausgaben.
Ueber den eigentlichen Zweck des Fonds finden sich in
den Berichten über den Kongreß und über die am

19. August, 5. Oktober und 9. November 1890 hier abge-
haltenen öffentlichen Versammlungen verschiedene An-
gaben. In den Kongreßverhandlungen (s. Bl. 8, 9, 11 der
Altkonf. III 614) wird der Fonds als Agitationsfonds be-
zeichnet. Nach Märkers Vorschlag sind alle Kosten, welche

für die Organisation entstehen, durch Beiträge zu decken,
welche dem Agitationsfonds entnommen werden (Bl. 8 der
Altkonf. III 614 oben). Aus dem Fonds sollen die Agitations-
kräfte bezahlt und dem Obmann eine Vergütung gewährt

werden (Bl. 8 b, 9 ibid.). Daß die Agitation im sozialdemo-
kratischen Sinne erfolgen soll, ergibt sich aus dem Kongreß-
beschluß (Blatt 10 der Altkonf. III 614). Im Kongreß wird
Blatt 11 ibid. angeregt, die Streikunterstützung solle aus
dem Erlös des Markenverkaufs — also aus den Beiträgen

zum Fonds — die Wanderunterstützung vom Fachverein be-
zahlt werden, sodann aber beschließen, das weitere den Ver-
trauensmännern zu überlassen. Auch in den öffentlichen
Versammlungen der hiesigen Maler pp. ibid. Bl. 29 der
unterliegenden Altkonf. ist zunächst von Organisation und
Agitation, Bl. 33 von Beschaffung geeigneter Mittel für

Maßregelungen, Streiks — ferner erst von der Absicht, zu-
reichenden Kollegen Unterstützung zu gewähren, die Rede,
erst Blatt 39 wird weiter über die Unterstützung aller
organisierten Kollegen Beschluß gefaßt, aber dem Ver-
trauensmann die Höhe der Unterstützung überlassen.

dem Vorstehenden entsprechend ist nach Ausweis der
Zusammenstellung Seite 92, 93 des Hauptbuchs (I. Bl. 46
und 47 dieser Altkonf.) nur ein verhältnismäßig geringer
Teil der vereinnahmten Gelder für eigentliche Unter-
stützungszwecke, der größere Teil für Agitationszwecke, Ver-
sammlungen pp. verwendet worden.

Unklar ist das Verhältnis des Agitations- oder Unter-
stützungsfonds zum Vertrieb des Fachorgans. Blatt 6 der
Altkonf. III 614 sprechen zwei Redner von einer Gratis-
abgabe des Anzeigers, ebenso sagt Morgenstern, Blatt 49
der unterliegenden Altkonf., der Vereins-Anzeiger werde

gratis abgegeben, während pp. Briefe Bl. 10 ibid. berichtet,
den größten Teil der Einnahme habe man für das Fach-
organ verausgabt; pp. Schubert gibt Bl. 45 die Verbräu-
tung des Vereins-Anzeigers“ und die Verwendung des
Ueberflusses zur Unterstützung solcher Kollegen, welche

der öffentlichen Versammlung vom 5. Oktober
ig. dieser Altkonf. erfolgte Gründung des Fonds
den Beschließen, welche von einem Besage der
4 am 27. und 28. Juli 1890 hier abgehaltenen
sächsischen Maler in der Hauptsache in Gemäß-
pp. Märker besage Bl. 27 der unterliegenden
den Vorschläge gefaßt worden sind und auf
ganisation.

öffentlichen Versammlungen der einzelnen Städte
Vertrauensmann — als welcher besage Bl. 34
ert gewählt worden ist — gewählt, welchem ein
Revisoren zur Seite stehen. Ferner wird von
dem Obmann (pp. Märker s. Bl. 9 der Altkonf. III
it. Die Tätigkeit des Obmannes soll bestehen in:
gung der Ausführung der Beschlüsse des Kon-
ferenzen;
gung der nötigen Agitationskräfte;
gung eines Buches über Einnahme und Ausgabe;
arbeitung einer Verfassungskonferenz;
gung von Auskünften pp.

Polizeiamt Chemnitz.
gez. Siebdrat.

hören spätestens um 2 Uhr auf zu arbeiten. 25,5 % der Betriebe und 25,1 % der Beschäftigten arbeiten bis 4 Uhr, während 17,3 % der Betriebe mit 16,9 % der Beschäftigten so lange arbeiten wie an den Wochentagen.

Können wir auch das Streben der Arbeiterschaft verstehen, möglichst schnell aus dem Betriebe herauszukommen und den Sonnabendnachmittag für sich zu haben, wird, es doch zur Gefahr, wenn die Arbeiterschaft, um auch die Aufenthaltsdauer im Betrieb an andern Tagen nicht zu lang werden zu lassen, die Pausen allzusehr einschränkt.

Die große Mehrzahl der Betriebe und Beschäftigten hat eine Waspause von 5 Minuten; nur 4,6 % Betriebe mit 3,6 % Beschäftigten hat eine Waspause von 10 Minuten und mehr.

Die Klagen der Kollegen darüber, daß sie bei den Tarifabschlüssen zu wenig gehört werden, wollen nicht verstimmen. Das wird verständlich, wenn wir die Zahlen der Betriebe und Beschäftigten ansehen, die beim Tarifabschluß mit- resp. nicht mitgewirkt haben.

In einem weiteren Artikel werden wir auf die Lohnverhältnisse und die sonst durch den Fragebogen festgestellten Zustände unserer Lackiererkollegen in bezug auf Ferien-, Betriebsräte- und Gesundheitsfragen näher eingehen.

Konjunkturbericht über die Monate Januar und Februar 1925.

Unsere Erhebung über die geschäftliche Lage im Malergewerbe erstreckt sich über eine Anzahl bestimmter Betriebe in etwa 50 Orten des Reichsgebietes. Wenn sich auch vereinzelte Filialen nur schwer an eine regelmäßige Berichterstattung gewöhnen konnten, so ist doch anzuerkennen, daß sich die Mehrzahl der Ortsverwaltungen der Arbeitslast, die eine allmoralisch sich wiederholende Nachfrage mit sich bringt, mit liebevollem Verständnis unterzieht und zu einem so zuverlässigeren Resultat beiträgt, je weniger Änderungen in der Zusammensetzung der befragten Betriebe eintreten.

Ende Dezember lag unser Baumalerberuf danieder, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Erhebung in den Tagen zwischen Weihnachten und Neujahr erfolgte, wo erfahrungsgemäß eine nicht unerhebliche Anzahl von Betrieben weils Inventuraufnahme und jährlichem Staffensabschluss auf 5 Tage geschlossen werden.

Anders gehalten hat die Dinge am Ende des Monats Februar, die alle Anzeichen einer beginnenden Konjunktur zeigten. Den Beschäftigungsgrad beurteilen 11,6 % der Betriebe mit 20,2 % der Beschäftigten als gut, 41,2 % der Betriebe mit 52,2 % der Beschäftigten als mittelmäßig, 38,4 % der Betriebe mit 21,9 % der Beschäftigten (gegen 49 % der Betriebe mit 29 % als befriedigend und 5,8 % der Betriebe mit 2,7 % der Beschäftigten (gegen 14,6 % der Betriebe mit 1,7 % als schlecht).

ermittelt, so daß auf das Hundert der beschäftigten Arbeiter 9,2 Lehrlinge entfallen.

Als zuverlässiger Gradmesser besseren Geschäftsganges kann im allgemeinen die veränderte Fluktuation in den Betrieben bezeichnend werden. Die Erfahrung lehrt uns, daß unsere Unternehmer bei dem Eintreten flauer Geschäftsperioden vielfach eine Ausmerzung von Kollegen vornehmen, die sich durch ihr gewerkschaftliches Klassenbewußtsein unlieb gemacht haben.

Im Dezember wurden von 41 Betrieben 258 Kollegen eingestell und von 94 Betrieben 795 Beschäftigte entlassen. Eine Entspannung machte sich schon im Januar bemerkbar, wo von 73 Betrieben 416 Kollegen eingestellt und von 53 Betrieben 244 Kollegen entlassen wurden.

Die tarifliche Arbeitszeit wird allgemein eingehalten. Gegenüber den Vormonaten, in denen eine allgemein verkürzte Arbeitszeit die Regel war, ist man Ende Februar in den meisten Fällen zu Verlängerungen, in 95 Betrieben mit 2516 Beschäftigten bereits zur normalen achtundvierzigstündigen Sommerarbeitszeit übergegangen.

Die Anzeichen für unsern Beruf sind günstig. Nicht jeder darf darauf, daß der Organisation alle noch fernstehenden Kollegen zugeführt werden, dann können nicht nur alle Errungenschaften erhalten, sondern neue Erfolge erzielt werden, zum Nutzen und Segen des ganzen Malergewerbes.

Der Maler-Lehrling Nr. 3

ist in der vorigen Woche herausgekommen und an die Filialen verandt worden. In dem Leitartikel wird des vierzigjährigen Jubiläums des Verbandes gedacht. In kurzen Strichen wird ein Bild entwirrt von den Anfängen und dem stetigen Wachsen der Organisation, die nur durch den Weltkrieg unterbrochen wurde.

Ein weiterer Artikel wendet sich an die, die neu in den Beruf hineinkommen. Ihnen werden die Vor- und Nachteile des Maler- und Lackiererberufes auseinandergesetzt und sie auf den starken Rückhalt durch den Verband hingewiesen, der sie in seinen Reihen herzlich willkommen heißt.

Neben einigen andern Artikeln enthält diese Nummer einen Aufruf zur Werbearbeit für die Organisation und einen Nachruf für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert.

Gewerkschaftliches.

Paul Umbreit 25 Jahre Redakteur des Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, jetzt "Gewerkschaftszeitung". Im Jahre 1891 von Karl Legien gegründet, erschien das Blatt in bescheidenem Umfang, unregelmäßig, und brachte zunächst nur kleine Mitteilungen aus dem Verbandsleben.

Lackierer.

Cassel. Eine Aussperrung der geschäftlichen in der Metallindustrie 14. März wegen Lohn Differenzen bei der Firma Hahn verhängt worden. Nachdem etwa 5000 Arbeiter entlassen wurden, sollen weitere 1500 nach einer mehrtägigen Kündigungsfrist im Laufe dieser hinzukommen.

Aus unserm Beruf.

Frankfurt a. d. O. Unsere Filiale beging am 14. März, die Feier des vierzigjährigen Jubiläums. Wie alle unsere Feiern, so hatte auch diese Veranstaltung einen überaus zahlreichen Verlauf. Der Saal war mit Fahnen der Malerorganisation reich geschmückt.

Einigkeit und Recht und Freiheit sei des Glückes Unterpfand. Danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand.

Sersfeld. Da hier noch 65 1/2 Stundenlohn werden, forderten unsere Kollegen den Zuldaer mit 85 1/2 festgelegt ist. Die Unternehmer lehnen Verhandlung ab, da nach einem Schreiben der Zwangssinnung „gar kein Grund vorliegt, höhere Löhne zu zahlen“.

Tüchtige Malergehilfen

die nach Skizze oder Angabe selbständig arbeiten sowie Gehilfen, die auf sauberes Spachteln und eingearbeitet sind, suchen für dauernde Stellung

Sichtermann & Edelmann Düsseldorf, Duisburger Straße

Malergehilfen die selbständig arbeiten, sofort gesucht. Jessen & Christian Jessen Flensburg. Groß...